

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Andreas Jurca

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Verena Osgyan

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)

Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr (Drs. 19/6802)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Ich bitte Sie noch um etwas Konzentration für den letzten Tagesordnungspunkt.

(Unruhe)

Wir können die Sitzung auch noch etwas hinauszögern. –

Ich glaube, jetzt ist es einigermaßen ruhig. – Frau Waldmann, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist spät, aber dieser Punkt ist wichtig. Wir haben jetzt Oktober 2025. Vielleicht gibt es die Lösung für das Problem, über das wir heute reden, bereits. Es sollte nämlich die neue Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte in Kraft treten. Dem ist aber nicht so. Sie ist schon wieder verschoben worden und kommt frühestens in zwei Jahren, im Oktober 2027.

Worum geht es? – Konsens ist, dass wir dringenden Bedarf an zusätzlichen Ärztinnen und Ärzten haben. Sogar über die in unserem Antrag aufgeführten Forderungen, die aus der Fachschaft der Medizinstudierenden kommen, besteht bei den demokratischen Fraktionen Konsens. Das dachte ich zumindest; denn wir waren schon gemeinsam auf verschiedenen Podiumsdiskussionen und Demonstrationen. Die Ärztinnen und Ärzte demonstrieren für bessere Studien- und Lebensbedingungen. Das ist auch berechtigt.

Wir hatten in diesem Hause bereits eine Anhörung zu diesem Thema. Die Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr müssen in den Praxen oder Kliniken voll mitarbeiten; das sind gute vierzig Stunden. Darüber hinaus müssen sie sich auf durchaus anspruchsvolle Prüfungen vorbereiten. Außerdem sollen sie sich im Selbststudium und durch den Besuch von Lehrveranstaltungen weiterbilden. Sie müssen aber auch noch essen, wohnen und leben. Das funktioniert nicht. Mein Antrag enthält dazu noch weitere Forderungen. Wir dürfen die jungen Leute nicht verheizen.

In der Anhörung, die wir in diesem Hause durchgeführt haben, haben uns nicht nur die Vertreter der Studierenden, sondern alle Expertinnen und Experten ins Stammbuch geschrieben, dass der Übergang vom Studium in den Beruf eine ganz kritische Phase sei. In dieser Phase müssen wir mit den jungen Menschen sorgsam umgehen, weil diese schließlich ihr ganzes Berufsleben lang in der ärztlichen Versorgung tätig sein sollen. Diese Forderungen haben alle Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Fraktionen grundsätzlich für richtig gehalten. Jetzt geht es um die Frage, welche Stellschrauben wir in Bayern in der Hand haben.

Wir glauben, dass wir zumindest an den bayerischen Universitätskliniken, bei denen wir die Möglichkeit haben, Regelungen zu erlassen, eine Vergütung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes einführen und die weiteren Forderungen des Antrags umsetzen sollten. Das müssen wir tun, und das können wir auch tun. Wir können zwar keine Aufwandsentschädigung für ein Studium zahlen, wohl aber für die Leistungen in der Krankenversorgung. Das hat uns das Wissenschaftsministerium bestätigt.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns zahlt freiwillig für Medizinstudierende, die in den Praxen arbeiten, eine Vergütung. Die Kassenärztliche Vereinigung hat die Auffassung vertreten: Wir können nicht mehr warten, bis eine andere Approbationsordnung kommt. In dem Referentenentwurf, der im Oktober leider nicht in Kraft getreten ist, ist diese Entschädigung nicht vorgesehen. Das ist einer der wichtigsten Punkte. Das sind keine wilden oder überzogenen Forderungen; das ist schlicht lebensnotwendig, damit

die Leute, die wir als Ärztinnen und Ärzte gewinnen wollen, das auch schaffen können. Das ist doch einsichtig.

Wir können in Bayern nicht alles regeln. Wir können aber an den Unikliniken, für die wir selbst zuständig sind, mit gutem Beispiel vorangehen, wie das die Kassenärztliche Vereinigung tut. Das wurde übrigens auf einer Demo von Vertretern der Regierungsseite versprochen. Es würden jetzt Hintergrundgespräche geführt, und das würde bald kommen. Daraufhin haben die Studentinnen und Studenten geklatscht und gefeiert. Allein, es kam nicht. Es passierte nichts. Jetzt ist die Enttäuschung groß. Heute haben Sie die Gelegenheit, noch einmal umzusteuern. Leider können wir nicht auf die Approbationsordnung aus Berlin warten. Sie brauchen das Geld jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Jurca von der AfD-Fraktion vor.

Andreas Jurca (AfD): Werte Frau Kollegin, ich melde mich hier zu Wort, weil meine Mutter in Rumänien Medizin studiert hat und die Approbation in Deutschland machen musste. Ich bin Aussiedler. Damals musste man das kostenlos machen, weil kontrolliert wurde, ob diese Person erstens den Standard erfüllt und zweitens die Sprache kann, um auf diesem Level zu arbeiten.

Das Problem besteht darin, dass in der heutigen Zeit Ärztemangel besteht. Es geht nicht darum, dass zu wenig Leute Medizin studieren wollen, sondern das Problem ist, dass wir diese Leute nicht im Land halten können. Die niedergelassenen Ärzte können beispielsweise immer weniger abrechnen, weil auf Anweisung der Krankenkassen immer weniger Überstunden aufgeschrieben werden dürfen.

Es ist nicht so, dass die Ärzte keine Arbeitskleidung etc. erhielten. Es geht vielmehr um Überarbeitung und um die überbordende Bürokratie. Es geht aber auch um den fehlenden Verdienst. Die Schweiz und Norwegen sind wesentlich attraktivere Länder.

Mit einer guten deutschen Medizin-Ausbildung kann ein Arzt auch in die Staaten gehen. Das ist kein Problem. Dort verdient er wesentlich mehr.

Ruth Waldmann (SPD): An den meisten Kliniken wird entweder kein oder zu wenig BAföG gezahlt. Das können die Kliniken selbst regeln. Es wird immer gesagt, wir könnten der Hochschulautonomie nicht vorgreifen. – Doch, das können wir schon, wenn es sich um unsere eigenen Universitätsklinika handelt, in denen die Leistung der Krankenversorgung erbracht wird. Für das Studieren kann keine Aufwandsentschädigung bezahlt werden, aber für die Leistungen in der Krankenversorgung sehr wohl. Das hat die Vertreterin des Wissenschaftsministeriums im Ausschuss eindeutig bestätigt.

Hier handelt es sich um wertvolle Menschen, die wir dringend brauchen. Wir müssen diese Menschen in die Lage versetzen, dass sie das schaffen können, was wir uns von ihnen erhoffen und erwarten. Das wäre fair. Ich hoffe, dass wir jetzt zu einer besseren Entscheidung kommen. Im Ausschuss wurde nämlich von den Kollegen, die unsere Forderungen gut und richtig finden, gesagt: Da kommt doch jetzt aus Berlin diese Änderung der Approbationsordnung, dann wird das schon. Sie kommt aber nicht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mit Herrn Klingbeil reden, das würde helfen!)

Jetzt wird es mindestens noch zwei Jahre dauern. Wer weiß, wann diese Änderung kommen wird. Wir brauchen aber unsere Leute jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzingen für die CSU-Fraktion.

Dr. Stephan Oetzingen (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Das Praktische Jahr ist in der Tat ein Thema, das sowohl die Gesundheits- als auch die

Hochschulpolitiker dieses Hauses seit geraumer Zeit beschäftigt. Ja, dieser dritte Ausbildungsabschnitt junger Medizinerinnen und Mediziner stellt ein ganz wesentliches Scharnier dar. Es ist der Übergang in die Vorbereitung auf das dritte Staatsexamen und außerdem eine wesentliche Phase, in der praktische Erfahrungen für das spätere Dasein als Arzt oder Ärztin gesammelt werden können und sollen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben wir gerade in Bayern unheimlich viel für den quantitativen und qualitativen Ausbau der medizinischen Ausbildung getan. Ich erinnere beispielsweise an den Ausbau von Medizinstudienplätzen. Ich erinnere an das neue Uniklinikum in Augsburg und an die Medizin-Campi in Oberfranken und Niederbayern, wo wir in den letzten Jahren insgesamt 2.100 neue Medizinstudi- enplätze auf den Weg bringen konnten. Natürlich gehört dazu auch eine praktische Ausbildung im letzten Abschnitt, die für angehende Ärztinnen und Ärzte essenziell ist, was sowohl die Studentinnen und Studenten, aber auch die Medizinerinnen und Mediziner immer wieder betonen.

Frau Waldmann, ich durfte wie Sie für meine Fraktion an Podiumsdiskussionen dazu teilnehmen. Wir waren im letzten und auch in diesem Jahr gemeinsam bei einer Kund- gebung zu diesem Thema. Die CSU-Landtagsfraktion und insbesondere Bernhard Seidenath und Robert Brannekämper haben sich immer wieder mit den Studentinnen und Studenten der Medizinischen Fakultät in München ausgetauscht. Wir haben uns dabei mit dem Thema Praktisches Jahr auseinandergesetzt. Dabei ging es sowohl um die Frage der Entschädigung als auch um die Rahmenbedingungen: Welche Qualität hat das PJ und welche Fehlzeitenregelung? Meines Erachtens ist die Fehlzeitenrege- lung ein ganz wesentlicher Baustein beim Praktischen Jahr.

Im Kern sind wir uns bei diesen Forderungen alle einig. Liebe Kolleginnen und Kolle- gen, entscheidend ist aber, dass die Zuständigkeit geklärt wird. Die Zuständigkeit liegt in Berlin. Sie lag im Jahr 2024 in Berlin, und sie liegt im Jahr 2025 in Berlin. Dort muss das Problem gelöst werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder an Berlin gewandt. Frau Staatsministerin Gerlach und Herr Staatsminister Blume haben sich gemeinsam mit der KVB mit einem Schreiben an den damaligen Gesundheitsminister Karl Lauterbach gewandt. Passiert ist nichts. In den dreieinhalb Jahren, in denen die SPD den Gesundheitsminister gestellt hat, hätten Sie es in der Hand gehabt, dieses Problem zu lösen. Es wurde nicht gelöst, und es kam nicht zu einer neuen Approbationsordnung. Das ist auch Teil der Wahrheit. Das muss man an dieser Stelle unterstreichen und deutlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema ist jetzt Gegenstand des Koalitionsvertrags in Berlin, der von unserem Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek mitverhandelt wurde. In diesem Koalitionsvertrag heißt es explizit – ich zitiere –: "Wir wollen eine Vergütungsstruktur im Praktischen Jahr [...] modernisieren, die mindestens dem BAföG-Satz entspricht, und wollen eine gerechte und einheitliche Fehlzeitenregelung schaffen." – Das ist genau das, was die Medizinstudentinnen und -studenten, insbesondere diejenigen, die im Praktischen Jahr sind, immer wieder fordern. Ich glaube, es ist auch recht und billig, dass man der neuen Koalition in Berlin, die erst ein halbes Jahr im Amt ist, Zeit zur Umsetzung gibt, was die Ampel-Regierung in dreieinhalb Jahren nicht geschafft hat, und sich jetzt die Zeit nimmt, um die Approbationsordnung entsprechend anzugehen.

Ich möchte an der Stelle auch betonen, weil es heißt, Bayern soll handeln, dass Bayern handelt, meine Damen und Herren, lieber Bernhard Seidenath. Wir in Bayern tun vieles für das praktische Jahr. An allen sechs bayerischen Universitätsklinika wird eine Aufwandsentschädigung bezahlt. In der Regel sind das rund 500 Euro pro Monat. Es gibt weitere Vergünstigungen, beispielsweise beim Wohnraum. Es werden Vergünstigungen bei der Verpflegung sowie bei der Arbeits- und Schutzkleidung gewährt. Auch Spielraum bezüglich der Fehlzeiten ist eines der zentralen Anliegen, weil

Medizinstudenten gesagt haben, sie wollen nicht krank ins PJ gehen müssen. Auch hier ist auf unser Betreiben hin eine kulantere Regelung zugesagt worden. Es gibt ein entsprechendes Schreiben, das die Prüfungsämter anweist, damit kulanter umzugehen, insbesondere bei der Frage des sogenannten gesplitteten Tertials, sodass man die maximale Zahl nach der Approbationsordnung anrechnen kann, soweit diese noch nicht erreicht wurde.

Allerdings bleibt es das oberste Ziel, in diesem Bereich eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen; denn am Ende wollen wir keine Entscheidung dahin gehend, dass die Wahl des Ortes, an dem das Praktische Jahr durchgeführt wird, nach der Entschädigung erfolgt, sondern wir wollen hier eine bundeseinheitliche Regelung und nicht einen zusätzlichen Pullfaktor auf bayerische Krankenhäuser. Übrigens – es wurde bereits erwähnt – gibt es die Möglichkeit, dass auch kommunale Häuser ihre Spielräume nutzen und eine entsprechende Entschädigung zahlen. Das tun zahlreiche Häuser, egal ob Lehrkrankenhäuser, Kreisklinika oder beispielsweise das Klinikum in Nürnberg, das auch eine Entschädigung für PJler bezahlt. Spannenderweise, liebe Frau Waldmann, tut es die Stadt München an ihren Klinika nach wie vor nicht. Ich glaube, man sollte an der Stelle auch noch einmal deutlich unterstreichen, dass der Münchner Oberbürgermeister, der nicht der CSU angehört, hier nicht tätig wird.

(Beifall bei der CSU)

Zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt zu sagen: Bayern handelt, kann aber nicht alles alleine stemmen. Hier sind sowohl der Bund als auch die Kommunen in der Pflicht. Bayern geht in seiner Zuständigkeit dennoch voran. Während die SPD noch fordert, liefern wir in dem Bereich, für den wir zuständig sind. Wir bleiben bei der Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Oetinger. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Nolte für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion "Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr" fordert die Staatsregierung auf, sieben konkrete Forderungen für Medizinstudenten im Praktischen Jahr, die sogenannten PJler, zu erfüllen. Im Großen und Ganzen bauen diese Forderungen auf den Forderungen der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland – bvmd – auf. Schauen wir uns diese Forderungen einmal im Einzelnen an.

Unter Nummer 1 wird eine Anhebung der Aufwandsentschädigung für die Studenten im Praktischen Jahr auf die Höhe des BAföG-Höchstsatzes gefordert. Diese Forderung ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Die Aufwandsentschädigung für Studenten im Praktischen Jahr ist nicht einheitlich geregelt. Sie kann zwischen 0 Euro und 930 Euro variieren. In Bayern bekommen die PJler im Durchschnitt 340 Euro. Berücksichtigt man, dass die PJler eine 40-Stunden-Woche haben, stellt man fest, dass das natürlich nicht genügt, um in Universitätsstädten den Lebensunterhalt zu bestreiten. Viele PJler sind gezwungen, neben ihrer 40-Stunden-Woche noch auf andere Art und Weise Geld hinzuzuverdienen. Leider beantwortet der Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion nicht die Frage, woher das Geld kommen soll. Die Universitätsklinika stehen ohnehin schon unter enormem finanziellen Druck und können die Erhöhung der Aufwandsentschädigung aus eigener Kraft nicht leisten.

Die zweite Forderung betrifft die Übernahme der Krankenversicherung für PJler ab dem 25. Lebensjahr. Hier sehen wir eine Ungleichbehandlung mit Studenten anderer Fakultäten. Bis zum 25. Lebensjahr sind Studenten über ihre Eltern versichert. Vom 25. bis zum 30. Lebensjahr gibt es die Möglichkeit einer sogenannten Studentenversicherung. Die Kosten hierfür betragen 85 Euro im Monat. Warum es hier für Medizinstudenten eine Sonderbehandlung geben sollte, erschließt sich uns nicht. Andere Studenten müssen sich ab dem 25. Lebensjahr auch selbst versichern. Dafür gibt es entsprechende Angebote.

Der nächste Punkt betrifft eine klare Trennung zwischen Krankheitstagen und sonstigen Fehlzeiten sowie 10 % zusätzliche Krankheitstage. Aktuell ist es so, dass im Praktischen Jahr nicht zwischen Krankheitstagen und anderen Fehlzeiten unterschieden wird. Diese Änderung ist ein Punkt, über den wir diskutieren können.

Mit der vierten Forderung sollen im Praktischen Jahr acht Stunden pro Woche verbindlich für das Selbststudium reserviert werden. Auch das ist ein Thema, über das man gerne reden kann.

Fünftens wird eine Begrenzung der nichtärztlichen Tätigkeit im Praktischen Jahr auf höchstens 10 % der Arbeitszeit gefordert. Inhaltlich ist diese Forderung völlig richtig. Die Medizinstudenten im Praktischen Jahr werden teilweise für Botengänge und alle möglichen Tätigkeiten eingesetzt, nur nicht für das, wofür sie eigentlich eingesetzt werden sollten. In der Realität ist diese Forderung nach Begrenzung der nichtärztlichen Tätigkeit auf 10 % jedoch schwer umsetzbar; denn erstens ist die Abgrenzung zwischen ärztlicher und nichtärztlicher Tätigkeit nicht immer eindeutig, und zweitens stellt sich die Frage, wie man diese 10 % genau bemessen soll.

Die sechste Forderung ist die nach der Einführung von Mentoring- und Ausbildungsprogrammen. Was für manche toll und modern klingen mag, klingt für mich vor allem diffus, nach Überregulierung und zusätzlicher Bürokratie.

Zu guter Letzt werden Arbeitskleidung sowie Aufbewahrungsmöglichkeiten für Kleidung und persönliche Gegenstände gefordert. Liebe Kollegen, das ist der Punkt, wo das Ganze langsam lächerlich wird. Dafür zu sorgen, dass jeder einen Spind hat, in dem er seine Sachen einschließen kann, ist sicher nicht Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung.

Zusammengefasst enthält der Antrag ein paar sehr vernünftige Gedanken. In Gänze ist er jedoch nicht zustimmungsfähig. Deswegen werden wir den Antrag wie schon im Ausschuss ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FREIEN WÄHLER hat Herr Prof. Michael Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Inhaltlich kann ich diesen Antrag durchaus nachvollziehen. Ich denke, alle von uns, die mit dem Thema befasst sind, sind auch im Gespräch mit den Vertretern – gerade auch an den Hochschulen –, die im PJ sind. Ich verstehe nicht, wie die SPD taktisch auf die Idee kommt, diesen Antrag zu stellen. Wir sind uns einig – das war unbestritten, das hat auch Frau Waldmann nicht bestritten –, dass die Zuständigkeit beim Bund liegt. Dort war jahrelang ein SPD-Gesundheitsminister in Verantwortung. Warum hat er das nicht getan, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Soweit ich weiß, ist die SPD im Bund immer noch in der Koalition.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Warum kommt man dann auf die Idee, einen Antrag zu stellen, dass wir dem Bund die Arbeit abnehmen sollen, die wir ihm ja teilweise schon abnehmen, wie der Kollege es gerade geschildert hat? Das verstehe ich taktisch nicht. Hinzu kommt, dass die Stadt München, die von einem SPD-Oberbürgermeister regiert wird, genau das, was die SPD fordert, auch nicht tut. Das ist doch taktisch nicht klug, wenn so viele Pfeile auf einen selbst weisen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will die Worte vom Kollegen jetzt gar nicht wiederholen. Bayern macht ja einiges, vielleicht auch noch nicht genug. Meine Frage ist: Was müssen sich denn jetzt die PJler denken, wenn sie diese Debatte hören? Das bringt doch nichts. Wir sind doch

gerade dabei – das weiß Frau Waldmann auch –, auch hier noch zu überlegen, zwischen den Ministerien und der Fraktion, wie wir in Bayern für den Bund einspringen können, um den PJlern noch etwas Gutes zu tun. Nur anstatt darüber nachzudenken, provozieren Sie mit Ihrem Antrag im Grunde genommen die Kritik an der Bundesregierung und der SPD.

Ich sage es noch einmal: Der Antrag ist fehlgeleitet, weil er sich eigentlich an den Bund richtet. Diejenigen, die guten Willens sind, jetzt gerade eine Lösung zu finden, werden auch noch kritisiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Also lasst uns das machen, diese Gespräche auch führen, nicht nur mit den PJlern, sondern die Ministerien und die Fraktionen untereinander. Dann kommen wir sicherlich auch einen Schritt weiter – mit diesem Antrag jedenfalls nicht, und deshalb lehnen wir ihn auch ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, natürlich geht es um eine Regelung. Bund und Länder müssen ein tragfähiges Finanzierungsmodell finden, und das ist ihnen weder in der vorherigen Bundesregierung noch in dieser bis jetzt gelungen. Aber sie haben wenigstens einen Referentenentwurf zustande gebracht, nur ist der jetzt ja wieder zurückgezogen.

Wenn Sie mich jetzt fragen, was sich die PJler denken sollen, wenn sie das hier hören: Sie haben die ganze Zeit nur von Taktik geredet und versucht, hier ein Blame Game mit Parteizugehörigkeiten zu machen. Nein, das mache ich nicht. Übrigens kommt es durchaus vor, dass auch CSU-Vertreter mal Vertreter oder Taten der Bundesregierung kritisieren. Das ist eigentlich nichts Neues.

Ich kann Ihnen sagen, was die PJler denken: Sie bedanken sich, dass wir das immer wieder aufs Tapet bringen, dass wir das immer wieder einbringen und da dranbleiben. Sie sind enttäuscht, weil sie auf der letzten Demo gehört haben, dass da Gespräche laufen und dass das mit der Aufwandsentschädigung und den anderen Sachen jetzt kommt. Dann kamen die wesentlichen Teile eben nicht. Darüber sind sie enttäuscht. Das kann ich Ihnen auch mitgeben.

Unser Antrag bezieht sich darauf, dass wir an den bayerischen Unikliniken, für die wir zuständig sind, mit gutem Beispiel vorangehen, –

(Robert Brannekämper (CSU): München Klinik!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): – so wie es die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns auch getan hat.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Prof. Piazo, bitte.

Prof. Dr. Michael Piazo (FREIE WÄHLER): Noch einmal: Ich glaube nicht, dass diejenigen, die jetzt im PJ sind, begeistert sind, dass ein Antrag gestellt wird von denen, die eigentlich tätig sein müssten, nämlich von der SPD, und die seit Jahren einen Antrag stellen, dass andere jetzt tätig sein sollten.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Täter-Opfer-Umkehr!)

Es ist ja schön, das zu tun. Dann sagt man denen: Wir haben was getan. – Aber ihr könntet in Berlin was tun, seit Jahren. Wie gesagt, wir reden darüber und tun auch einiges. Das ist an den Universitätsklinika schon passiert, hat der Kollege gerade gesagt. Wir sind auch dabei, weiterhin etwas zu übernehmen. Nur jetzt einen Antrag auch noch hochzuziehen, der abgelehnt worden ist, der besprochen worden ist und den wir jetzt um 22:30 Uhr wieder ablehnen – das macht meines Erachtens keinen

Sinn und auch den PJlern keine Hoffnung. Lassen Sie uns das Thema gemeinsam angehen und bereden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Frau Kollegin Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Robert Brannekämper (CSU): Jetzt kommt die Lösung für die München Klinik!)

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen: Die Debatte hat mich jetzt schon etwas ratlos gemacht.

(Robert Brannekämper (CSU): Das glaube ich auch!)

Die Bayerische Landesärztekammer warnt aktuell vor beunruhigenden Trends in der medizinischen Versorgung. Die Zahl der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte steigt zwar an, aber es gehen viele in den Ruhestand, während zugleich der medizinische Versorgungsbedarf in einer alternden Bevölkerung steigt. Da sollte man doch denken, dass man alles daransetzt, Medizinstudierende in dem anspruchsvollen Studium bestmöglich zu unterstützen.

Ich merke, seit ich hier im Landtag bin, seit mittlerweile zwölf Jahren, dass hier nichts vorangeht. Seit Jahren weisen die Studierendenvertretungen, Fachschaften und Verbände darauf hin, wie prekär die Bedingungen im Medizinstudium sind. Daran hat sich kaum etwas geändert: Das PJ ist weiterhin eine Phase der Überlastung und Unsicherheit. Es gibt oft keine klaren Lernziele, keine strukturierten Feedback-Gespräche und keine verlässliche Supervision. Krankheitstage werden nach wie vor nicht einheitlich anerkannt. Wir haben jetzt gerade gehört, dass sich da etwas ändern soll. Heureka! Ich hoffe, dass das auch bald eintritt.

Es fehlt immer noch der verbindliche Abstand zum dritten Staatsexamen, und die finanzielle Lage ist für viele schlicht untragbar. Die meisten Studierenden erhalten im PJ eben keine Aufwandsentschädigung, die dem BAföG-Höchstsatz entspricht. Wenn man sich überlegt, dass in München ein durchschnittliches WG-Zimmer 800 Euro kostet, dann merkt man doch, was das heißt: Das heißt, Jobben neben der Vollzeit-Klinikrotation, Geld leihen von Verwandten oder eben Schulden machen. Das kann es doch wirklich nicht sein.

Die Fachschaften haben das wiederholt kritisiert, mit klaren Vorschlägen auf Landes- und Bundesebene; denn so einfach ist es eben nicht, dass alles im Bund geregelt werden kann. Es gibt auch Dinge, die das Land regeln muss. Ich erkenne es ja an, dass im neuen Koalitionsvertrag des Bundes noch von Reformen und Mindestvergütung die Rede war. Aber wann das kommt und wie das vorangeht, das wissen wir schlichtweg nicht.

Wir haben als GRÜNE den Berichts Antrag dazu gestellt und haben darin auch noch mal artikuliert, was es braucht: eine Aufwandsentschädigung, eine einheitliche Regelung zur Anerkennung von Krankheitstagen und vor allem mehr Verlässlichkeit in der klinischen Lehre. Es ist eben schlicht nicht hinnehmbar, dass die Fachschaften berichten, dass die Studierenden in den Häusern völlig unterschiedliche Erfahrungen machen, von guter Anleitung bis zu wirklich ausbeuterischen Bedingungen. Im Ausschuss ist dem Antrag zugestimmt worden. Dafür bedanken wir uns, aber es muss halt auch angegangen werden. Auf den Bericht warten wir immer noch.

Aber ich muss sagen: Die Lebensrealität der PJ-Studierenden findet halt hier in Bayern statt. Deswegen habe ich auch Verständnis für den Ansatz der SPD zu sagen: Dann soll Bayern halt in Vorleistung gehen, vor allem, weil andere Bundesländer das auch getan haben.

Wir haben einen anderen Weg gewählt, aber wir werden dem Antrag der SPD zustimmen, weil er in die richtige Richtung geht und es einfach wichtig ist, dass wir gegenüber den Fachschaften, den Studierenden, jetzt mal ein Zeichen setzen.

Wir erwarten von den Medizinstudierenden Höchstleistungen, körperlich, psychisch und auch finanziell. Da ist es doch das Mindeste, dass wir uns gemeinsam für gute Bedingungen einsetzen. Ich muss sagen, ich habe schon das Gefühl: Wenn die dieser Debatte hier zugehört haben, werden sie sich sehr enttäuscht fühlen.

Ich glaube, auch zu später Stunde verdient dieses Thema unsere volle Aufmerksamkeit. Deswegen werbe ich für die Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Osgyan. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kurorte in der Krise", Drucksache 19/6727, bekannt: Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Tagesordnungspunkte 12 und 13 wurden auf Wunsch der Initiatoren abgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

(Schluss: 22:38 Uhr)